

Jens Schulte-Koch zum Haushalt 2024 der Stadt Hildesheim:

Unser Haushalt steht in den kommenden Jahren vor großen Herausforderungen.

Multiple Krisen in der Welt schlagen letztlich auch auf die kommunalen Finanzen durch. Hinzu kommen individuelle Herausforderungen in den kommenden Jahren, allem voran das geplante und zwingend erforderliche Gefahrenabwehrzentrum oder die drohende Korrektur der Kreisumlage.

Alles in allem ziemlich unbequeme Zeiten, auf die wir da zusteuern.

In diesen Zeiten sind Steuererhöhungen das wohl un kreativste und unpopulärste Mittel einer Haushaltskonsolidierung. Und nichts, womit man Wahlen gewinnt.

Die Opposition ist nun überzeugt davon, bessere und vor allem einfache Lösungen gefunden zu haben. Bei genauerer Betrachtung und eingehender Prüfung der vorliegenden Fakten sollte sie aber zu dem Schluss kommen, dass diese unbequemen Entscheidungen unter sorgfältiger Abwägung aller Fakten letztlich alternativlos sind.

So verhält es sich auch mit den vorgesehenen Erhöhungen der Kommunalsteuern, maßgeblich der Grundsteuer. Sie ist die bedeutendste kommunale Steuer, wirkt sofort und ist weitestgehend gerecht, weil fast alle ihren Beitrag dazu leisten.

Denn sie wirkt bei jeder Person, die wohnt.

Die Erhöhungen kommen zugegeben in mehrfacher Hinsicht zu einem unglücklichen Zeitpunkt. Sind es doch weder die ersten noch vermutlich leider die letzten Verteuerungen im Leben unserer Stadtbevölkerung. Und schließlich zwingt das ergangene Gerichtsurteil zur Grundsteuer ab 2025 alle Kommunen zu einer strukturellen Neuordnung. Diese Neuordnung erfolgt jedoch unter der Prämisse der städtischen Aufkommensneutralität und entfaltet -wie gesagt- ohnehin erst 2025 ihre Wirkung.

Zeit, die wir nicht haben.

Eine Erhöhung des Grundsteuer-Hebesatzes führt hingegen zu einer deutlichen und vor allem sofortigen Einkommensverbesserung der städtischen Finanzen. Künftig soll also jede Person einen Beitrag zur Linderung unserer kommunalen Finanznot leisten. Für Mietwohnungen wären das im Mittel rund 5 € pro Monat.

Auf der Habenseite stützt es bedeutend die Finanzen der kommenden Jahre und verhindert hektischen Aktionismus, z. B. durch die Aufstellung eines strengen Haushaltssicherungskonzepts. Schließlich planen viele Institutionen mit den ihnen bereits zugesagten Mitteln, für einige sind die städtischen Zuwendungen sogar entscheidend für ihr Fortbestehen.

Und letztlich wünschen sich alle, dass bereits auf dem Weg befindliche Projekte, z. B. im Bereich Schule und Bildung, auch wie versprochen umgesetzt werden.

Als Alternative zur Grundsteuererhöhung bliebe letztlich nur ein Kaputtsparen ohne Rücksicht auf Verluste, ein Schleifen von Verlässlichkeit und die Absage an ein zukunftsfähiges Hildesheim.

Und die Gruppe der Opposition?

Sie sagt zu diesen Steuererhöhungen nein. Jüngst erlebt im Finanzausschuss.

Sie sagt nicht nein, aber. Oder Moment, wir haben da eine bessere Idee. Sie verschränkt die Arme und verweigert dieser Maßnahme die Zustimmung.

Aber ich lasse mich gern noch positiv überraschen. Schließlich ist bald Weihnachten.

Vielleicht präsentiert man uns ja tatsächlich eine seriöse Kalkulation, mit der man allein in den kommenden drei Jahren mehr als 16 Mio. € fehlende Liquidität anderweitig sicherstellen will.

Was aber könnte das sein? Will man sämtliche freiwillige Leistungen streichen? Will man auf sämtliche Maßnahmen zu Klimaschutz und Klimafolgenanpassung verzichten? Oder uns glaubhaft machen, man könne am GAZ noch Luft rauslassen, obwohl man sehr genau weiß, dass das aufgrund der zahlreichen gesetzlichen Vorgaben gar nicht geht und man abgesehen davon erst kürzlich anhand der Feuerwehr Neuhof erleben durfte, wie schnell uns ein zu spitzer Rotstift um die Ohren fliegen kann

Ich gespannt, was kommt.

Vielleicht siegt aber doch die Besonnenheit und es erfolgt heute eine Zustimmung.

Denn letztlich liegen wir ja gar nicht weit auseinander. Das was die Verwaltung jetzt tut, ist letztlich ein modifiziertes Haushaltssicherungskonzept. Aber ohne die strengen Auswirkungen der offiziellen Variante.

Es wird besonnen auf das Zahlenwerk geschaut. Und zu gegebener Zeit und nötigenfalls der eingeschlagene Kurs korrigiert.

Aber eben ohne, dass die Bevölkerung nach einer von der Opposition gewünschten Vollbremsung an der Windschutzscheibe klebt.